

Protokoll Hauptausschuss - öffentlich - vom 06.07.2021

TOP Mitteilung der Verwaltung

Oberbürgermeister Pauly weist darauf hin, dass die Öffentlichkeit nicht ordnungsgemäß eingeladen worden sei. In der öffentlichen Bekanntmachung, die vor der Sitzung im Mitteilungsblatt erscheint, seien der Tagesordnungspunkt 3 „Digitalisierung der städtischen Schulen – aktueller Sachstand“ und der Tagesordnungspunkt 5 „Ortsjubiläum Neudingen“ aufgrund eines technischen Fehlers nicht aufgeführt gewesen.

Da es sich bei Tagesordnungspunkt (TOP) 3 beim Beschlussvorschlag um eine Kenntnisnahme handle und das Thema der Digitalisierung von Schulen bereits bei TOP 2 „Erziehung, Bildung, Betreuung – Bericht 2021“ vorgestellt werde, könne zu TOP 3 beraten werden, wenn kein Widerspruch aus dem Gremium erfolge.

Bei TOP 5 „Ortsjubiläum Neudingen“ handle es sich um die Vorbereitung eines Beschlusses des Gemeinderats, daher werde der Hauptausschuss keinen verbindlichen Beschluss fassen. Wenn bis zur Beratung von Tagesordnungspunkt 5 kein Widerspruch aus dem Gremium erfolge, könne so verfahren werden.

Im Übrigen stelle er fest, dass zur heutigen Sitzung des Hauptausschusses kein Einwohner erschienen sei.

1) TOP Einwohnerfragen

Einwohnerfragen werden keine gestellt.

2) TOP 6-002/21 Erziehung, Bildung, Betreuung - Bericht 2021

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 6-002/21 ein.

Fraktionssprecher Vetter weist darauf hin, dass die Öffnungszeiten im Kindergarten Pfohren verlängert werden sollte. Zudem solle eine Kinderkrippe für Kinder unter drei Jahren eingerichtet werden. Er beantrage daher, dass die Verwaltung entsprechende Lösungsvorschläge erarbeite und vorstelle.

Amtsleiter Romer bestätigt, dass es in Pfohren Betreuungsbedarf für Kinder unter drei Jahren gebe, aber dass aus räumlichen Gründen keine zusätzliche Kleingruppe eingerichtet werden könne. Die Öffnungszeiten seien mit den Eltern abgestimmt. Längere Öffnungszeiten würden bedeuten, dass weniger Plätze zur Verfügung stünden.

Fraktionssprecher Vetter bittet in dieser Hinsicht um eine langfristige Investition. Wenn beide Eltern berufstätig seien, gebe es dringenden Bedarf nach einer Kinderkrippe.

Amtsleiter Romer: Das werde geprüft. Die Dringlichkeit sei ihm bisher nicht bekannt.

Stadträtin Vogelbacher: Sie danke für den Bericht 2021 zur „Erziehung, Bildung, Betreuung“. Als Gesamtelternbeiratsvorsitzende werde sie den Bericht um ihren Beitrag ergänzen. Frau Vogelbacher trägt den Bericht mündlich vor und gibt diesen zu Protokoll. Sie betont dabei, dass ein weiterer Lock-down und Fernunterricht aus Sicht des Elternbeirats unbedingt vermieden werden sollte.

Stadtrat Kuttruff: Der Bildungsbericht sei recht umfangreich. Dabei gebe es wenig Hinweise auf Problemfelder, die durch die Pandemie an den Schulen entstanden seien. Er fragt nach, welche coronabedingten Herausforderungen in den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen zu bewältigen seien.

Vor allem die Verkehrserziehung und der Schwimmunterricht für Kinder und Jugendliche müssten ein Schwerpunkt sein. Das sollte nicht nur von Schulen angeboten werden, sondern auch von Vereinen und könne Teil des städtischen Ferienprogramms sein.

Stadträtin Weishaar dankt Stadträtin Ramona Vogelbacher für Ihr unermüdliches Engagement als Gesamtelternbeiratsvorsitzende und dankt auch den Schulen, die ihr Bestes gäben. Sie bittet die Leitungskräfte darum, die Gelegenheit heute zu nutzen, ihre Anliegen zu äußern, damit der Gemeinderat bei Bedarf unterstützen könne. Es müsse alles getan werden, um eine erneute Schulschließung zu verhindern.

Fraktionssprecher Blaurock dankt den Schulen für die Vielzahl an Aktivitäten und schlägt vor, den Bericht der Gesamtelternbeiratsvorsitzenden Frau Vogelbacher künftig dem Jahresbericht „Erziehung, Bildung, Betreuung“ als Anlage beizufügen. Der Umgang mit der Pandemie sei hier kaum erwähnt worden. Wenn der Gemeinderat etwas tun könne, wofür er zuständig sei, dann sei heute Gelegenheit das anzusprechen.

Stadtrat Rögele dankt den Leitungen und Mitarbeitern für die Umsetzung der coronabedingten Maßnahmen in schwierigen Zeiten und stellt den Antrag, dass im Herbst ein Bericht der Schulsozialarbeit vorgestellt wird.

Oberbürgermeister Pauly Ein erneuter Lock-down und die Schulschließung könne am ehesten verhindert werden, wenn sich ausreichend viele Personen impfen ließen. Daher richte er den Appell nochmal an alle, die gebotenen Impfgelegenheiten zu nutzen und sich impfen zu lassen. Die Landesregierung werde den Lock-down verhängen und eine Schulschließung nur anordnen, wenn die Inzidenzwerte zu hoch würden.

Amtsleiter Romer: Den Vorschlag, eines Berichts über die Schulsozialarbeit, nehme er gerne auf. Die Verkehrserziehung haben wegen der Corona-Pandemie nicht stattfinden können. In Abstimmung mit den Schulleitern solle diese künftig wieder durchgeführt werden. Er danke für die Rückmeldungen der Einrichtungen für den neuen Bericht. Die Herausforderungen seien für alle Beteiligten groß gewesen.

Oberbürgermeister Pauly übergibt den Schulleitungen das Wort.

Herr Mosbacher, Schulleiter Fürstenberg-Gymnasium, schildert die besondere Belastung, denen Kollegen wegen der Umstellung von Präsenz- auf Online-Unterricht auch in ihren privaten

Haushalten ausgesetzt seien. Der Aufwand für die Vorbereitung des Online-Unterrichts sei dabei viermal höher. Das Belastungslimit sei für Schuladministration und Kollegium erreicht. Die Sommerferien seien dringend notwendig, um aufzutanken.

Erschwerend sei hinzugekommen, dass das Kollegium während der Schulschließung auf ungefähr 70 Haushalte verteilt gewesen sei. Es sei herausfordernd, auf diesem Wege Änderungen einzuführen.

Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung sei sehr gut und zeichne sich durch kurze Wege und schnelle Entscheidungen aus, wenn dies erforderlich sei. Die Beschaffung der iPads für die Schüler sei beispielsweise zu Beginn des Schuljahres mithilfe von Fördermitteln innerhalb einer Woche möglich gewesen.

Aufgrund der langen Schulschließung von sechs Monaten seien vor allem zwei Problemfelder entstanden: 1. Lernlücken und 2. Psychosoziale Probleme der Schüler.

Dafür brauche es durchdachte Lösungen. Die Schulsozialarbeit sei mehr als ausgelastet.

Für die Zukunft werde seine Schule immer besser gerüstet sein. Das koste Kraft, sei aber wichtig, um alle Schüler gut durch die Corona-Zeit zu bringen.

Oberbürgermeister Pauly dankt Schulleiter Mario Mosbacher für die sehr gute Arbeit, von der auch andere hätten profitieren können.

Herr Möllen, Schulleiter Eichendorffschule: Das Unterstützungsangebot des Landes „Bridge the Gap“ um Lernrückstände der Schüler aufzuholen, funktioniere in Großstädten, aber nicht auf dem Land wie im Schwarzwald-Baar-Kreis. Förderunterricht könne kaum angeboten werden, da sich keine Lehramtsstudierenden gemeldet haben.

Ein Schwerpunkt nach der Rückkehr zum Präsenzunterricht liege bei der Einzelbetrachtung der Schüler. Die Bandbreite der Erlebnisse der einzelnen Schüler während der Schulschließung sei sehr groß. Pauschalaussagen über Klassen seien nicht mehr möglich.

Frau Schulz, Schulleiterin Grundschule Pfohren, gibt an, dass der Bedarf nach einem Schulsozialarbeiter immer größer werde. Sie könne das als Schulleiterin nicht alles abdecken und fragt nach, ob ein Schulsozialarbeiter einer anderen Schule die Aufgaben mitübernehmen könne. Eine eigene Fachkraft brauche die Grundschule Pfohren nicht. Sie fragt zudem nach, ob es ein Budget für Mehrarbeitsstunden gebe, die Lehrer neben ihren Deputatsstunden leisten müssten.

Frau Lindemann, Schulleiterin Erich Kästner-Schule: Sie sei dankbar für die geplante Übergangslösung der Schulcontainer, um die Raumknappheit vorübergehend zu überwinden.

Da sich Grundschüler nicht impfen lassen könnten, sei sie für den Einsatz von mobilen Luftreinigern an Grundschulen, um so das Corona-Infektionsrisiko zu reduzieren.

Es sei wichtig die Klassengemeinschaft neu zu stärken, da die Schüler nach den Monaten der Schulschließung verändert zurückgekommen seien. Beim Aufarbeiten von Lernlücken der Schüler, werde sie von einer Studentin unterstützt. Der Bedarf von Schulsozialarbeit könne auch an ihrer Schule derzeit nicht gedeckt werden.

Herr Sauter, Schulleiter Heinrich-Feuerstein-Schule, dankt der Verwaltung für die hervorragende Zusammenarbeit. Viele Schüler seien in der Corona-Krise abgehängt worden. Die Nachmittagsbetreuung reiche nicht mehr aus, er benötige Unterstützung. Das könne sonst mittelfristig zu Problemen führen.

Oberbürgermeister Pauly dankt für die Wortbeiträge und das Stimmungsbild aus den Schulen. Die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den Schulen sei durch die Corona-Krise noch intensiver geworden. Den Dank für das gute Miteinander gebe er an die Schulleitungen zurück.

Herr Sauter, (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Blaurock): Auf den Lehrermangel sei bereits aufmerksam gemacht worden. Es werde jedoch ungefähr vier bis fünf Jahre dauern, bis sich die Situation der Lehrerversorgung auf dem Land spürbar bessere.

Beschluss:

1. Der Bericht über Entwicklung und Ziele in den Aufgabenbereichen Erziehung, Bildung und Betreuung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bericht fortzuschreiben und diesen im kommenden Jahr zur Beratung im Hauptausschuss wieder vorzulegen.

(13 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

3) TOP 1-015/21 Digitalisierung der städtischen Schulen - aktueller Sachstand

Oberbürgermeister Pauly verweist auf seine Erläuterungen vor der Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt und fragt nach, ob das Gremium die Entscheidung mittrage, den Tagesordnungspunkt zu beraten und den Sachstandsbericht zur Digitalisierung der städtischen Schulen zur Kenntnis zu nehmen oder ob es Widerspruch gebe. Die Digitalisierung sei im Übrigen bereits im Rahmen des vorgestellten Bildungsberichts bereits Thema des zweiten Tagesordnungspunktes gewesen.

Aus dem Gremium ergeht hierzu kein Widerspruch.

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt. Er begrüßt Herrn Gentilini, der als IT-Administrator für die Schul-IT zuständig ist.

Amtsleiter Biehler führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-1015/21 ein.

Herr Gentilini, IT-Administrator: Die technische Ausgangssituation an den Schulen sei infolge der bislang heterogenen Schul-IT-Landschaft herausfordernd gewesen. Es habe eine einheitliche IT-Infrastruktur gefehlt. Inzwischen seien die Schüler mit Geräten (iPads) für die Unterrichtsteilnahme in der Schule oder auch von zu Hause ausgestattet. Die flächendeckende Versorgung mit WiFi (WLAN) sei in Betrieb genommen worden. Ziel sei es, einheitliche Bedingungen an allen Schulen auch im Support zu gewährleisten. Die Schul-IT des Schwarzwald-Baar-

Kreises arbeite mit dem Kreismedienzentrum zusammen. Im Vordergrund stehe dabei eine zentrale Verwaltung aller Kreisschulen und Schulen der Stadt Donaueschingen, um möglichst viele Aufgaben kompakt angehen zu können.

Amtsleiter Biehler: Die Zusammenarbeit zwischen Herrn Gentilini und dem Landratsamt bestehe zunächst in Form einer Arbeitsgemeinschaft. Dabei werde geprüft, welche Leistungen die Stadt erbringen könne und wo sie vom Landratsamt Unterstützung brauche. Langfristig werde ein Leistungskatalog erstellt und mit einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung verbindlich geregelt. Über den Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung entscheide der Gemeinderat.

Fraktionssprecher Greiner fragt nach, ob zu den in der Sitzungsvorlage erwähnten digitalen Tafeln bereits Erfahrungen vorliegen.

Herr Gentilini, IT-Administrator: Man habe unterschiedliche Modelle hier in Donaueschingen vor Ort getestet. Anschließend habe man sich auf ein Modell festgelegt. Die Beschaffung der Medientafeln stehe noch aus. Bei der Verwendung von Tablets sei die Medientafel erforderlich und ersetze die Kreidetafel.

Amtsleiter Biehler: Für die Medientafeln sei eine Ausschreibung erforderlich. Die Vergabesumme betrage ungefähr 780.000 Euro. Über die Vergabe werde der Gemeinderat voraussichtlich noch dieses Jahr beschließen. Die Lieferung werde im Jahr 2022 erwartet.

Fraktionssprecher Greiner: Die Vergabesumme sei hoch. Er gibt zu bedenken, dass die dazugehörige Software nach fünf Jahren veraltet sei und bittet darum, dass in der Ausschreibung der Punkt aufgenommen wird, dass der Hersteller verpflichtet ist, die Geräte mit Updates zu versorgen.

Herr Gentilini, IT-Administrator: In der IT-Branche betrage die Garantiezeit maximal fünf Jahre. Eine längere Garantiezeit werde kein Hersteller bieten. Die Technik entwickle sich ständig weiter und generiere neue Betriebssysteme. Die Frage sei vielmehr, wie das Change-Management effizient gestaltet werden könne.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Rögele): In den Ortsteilen werde die Breitbandversorgung ausgebaut. Die Schule in Pfohren werde nächstes Jahr an das Glasfasernetz angeschlossen. Die anderen Ortsteile sind mit einer ausreichenden Bandbreite versorgt. Medienentwicklungspläne seien derzeit von drei Schulen erarbeitet worden.

Herr Mosbacher: Das Fürstenberg Gymnasium werde den Medienentwicklungsplan noch einmal überarbeiten und an die Corona-Bedingungen anpassen.

Herr Möllen: Der Medienentwicklungsplan seiner Schule werde in ungefähr zwei Wochen fertiggestellt sein.

Oberbürgermeister Pauly dankt den Schulleitern für die gute Zusammenarbeit.

Beschluss: Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

4) TOP 6-003/21 Städtische Schulen - Entwicklung der Schülerzahlen

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Amtsleiter Romer führt in die Sitzungsvorlage Nr. 6-003/21 ein. Die Schülerzahlen seien stabil. Alle schulischen Abschlüsse seien in Donaueschingen möglich.

Stadtrat Rögele schlägt vor, die Wechsel der Schüler zwischen den Schularten in den Bericht mitaufzunehmen. So könne festgestellt werden, wie sich diese beispielsweise auf die 4- bzw. 5-Zügigkeit einer Schule auswirken.

Fraktionssprecher Blaurock fragt nach, warum die Schülerzahlen an der Realschule von der 9. zur 10. Klassen um ungefähr 10-15 Schüler gestiegen seien und diese Entwicklung in den weiteren Schuljahren fortgeschrieben werde (Anlage 7, S.153).

Frau Fox, Leitung Realschule: Das seien vor allem Schulabgänger des Gymnasiums, die zur Realschule wechseln, um den Abschluss der Mittleren Reife an der Realschule zu machen.

Fraktionssprecher Blaurock: Früher sei es so gewesen, dass Gymnasiasten mit erfolgreichem Abschluss der 10. Klasse automatisch der Abschluss der Mittleren Reife zuerkannt worden sei und fragt nach, ob sich das geändert habe.

Herr Mosbacher, Leiter Fürstenberg-Gymnasium: Mit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G8) seien die Bedingungen für das Erreichen des mittleren Bildungsabschlusses noch vergleichbar. Sobald die Versetzung von der 10. Klasse in die Kursstufe gefährdet sei, werde immer wieder der Wechsel vom Gymnasium zur Realschule gewählt, um dort den Abschluss der Mittleren Reife zu erlangen.

Beschluss:

1. Die Information zur Entwicklung der Schülerzahlen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, über die Entwicklung der Schülerzahlen in einem Jahr wieder zu berichten.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

5) TOP 1-014/21 Ortsjubiläum Neudingen - Zuschuss

Oberbürgermeister Pauly verweist auf seine Erläuterungen vor der Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt und fragt nach, ob das Gremium die Entscheidung mittrage, den Tagesordnungspunkt zu beraten und im Hauptausschuss den Beschluss des Gemeinderats vorzubereiten, oder ob es Widerspruch gebe.

Aus dem Gremium ergeht hierzu kein Widerspruch.

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-01/21 ein.

Ortsvorsteher Münzer, Neudingen: Neudingen sei noch in der Planungsphase des Ortsjubiläums. Derzeit gebe es keine neuen Informationen. Er bitte den Hauptausschuss um Befürwortung des Zuschusses, damit die Haushaltsmittel nach Gemeinderatsbeschluss in den Haushaltsplan eingestellt werden können. Alle seien schon jetzt zum Ortsjubiläum von Neudingen eingeladen.

(Auf Nachfrage von Fraktionssprecher Greiner): Eine Chronik in der bisherigen Gestalt werde es nicht geben. Es sei vorgesehen, einen Film über Neudingen zu produzieren, der an die vorhandene Ortschronik anknüpft.

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss befürwortet einen Zuschuss für das Dorfjubiläum in Höhe von 10.000 Euro.
2. Über den Zuschuss wird final in den bevorstehenden Haushaltsplanberatungen beraten und beschlossen.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

6) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Mobile Luftreiniger in Schulen

Fraktionssprecher Greiner verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 1. Juli 2021, über den Einsatz von Luftfiltergeräten in Schulen zu diskutieren und deren Vor- und Nachteile zu prüfen. Der Antrag der CDU-Fraktion vom 1. Juli 2021 liegt der Niederschrift bei.

Bürgermeister Graf: Über ein Förderprogramm gebe es für die Nachrüstung von stationären Lüftungsanlagen bei Bestandsgebäuden Zuschüsse in Höhe von 80% und bei Neubauten in Höhe von 20%. Für mobile Luftfiltergeräte werde ein Zuschuss in Höhe von 50% gezahlt.

Herr Brieskorn, Sachgebietsleiter Hochbau, erläutert kurz die grundsätzliche Funktionsweise der mobilen Luftreiniger und betont, dass diese die Luft mehrfach filtern und reinigen, aber nicht austauschen. Es handle sich um ein Reinigungsgerät und dieses sei als Ergänzung zum erforderlichen Sauerstoffaustausch über Fensterlüftung zu werten. Die Geräusentwicklung liege bei 40-45 Dezibel. Dies ist der Grenzbereich ab welchem bereits Lern- und Konzentrationsstörungen möglich sind.

Um die Geräuschemission zu reduzieren, besteht die Möglichkeit die Geräte im mittleren oder unteren Leistungsbereich zu betreiben, Dies ist bei der Auswahl der Geräteleistung bzw. Gerätegröße entsprechend zu berücksichtigen.

Bislang seien drei Hersteller angefragt worden. Die Kosten lägen bei ungefähr 2.700 Euro pro Gerät.

Herr Mosbacher: Das Fürstenberg-Gymnasium habe seit November 2020 vier der angefragten Geräte im Einsatz, zwei im Lehrerzimmer und zwei im Schüleraufenthaltsraum. Diese seien mit Fördermitteln aus dem Sonderförderprogramm des Landes finanziert worden. Die Geräte ließen sich einfach aufbauen, seien TÜV zertifiziert und ließen sich mit 10 Stufen einstellen. Ein CO²-Sensor zeige an, wann wieder gelüftet werden solle. Durch den Einsatz der mobilen Luftreiniger könne vermieden werden, dass sich das Corona-Virus weiterverbreite. Das gebe mehr Sicherheit. Mit den Lüftungsanlagen seien aber nicht alle Probleme gelöst. Er sehe mobile Luftreiniger als Ergänzung zum Tragen der Masken, den Corona-Tests und dem Lüften der Klassenzimmer. Ein Gutachten der Deutschen Physikalischen Gesellschaft e.V. habe ergeben, dass sich das Risiko der Infektion durch den ergänzenden Einsatz der mobilen Luftreiniger halbiere. Die Lautstärke hingegen werde als störend empfunden.

Oberbürgermeister Pauly dankt für die Ausführungen und fragt nach, ob jedes Klassenzimmer mit Luftreinigern ausgestattet werden müsse.

Herr Mosbacher: Es sei eine Abwägungsfrage, ob man alle insgesamt 60 Räume mit Luftreinigern ausstatten wolle. Die Wirksamkeit der Geräte sei nicht eindeutig erwiesen. Ein Luftreinigungssystem helfe zwar, aber auf das Lüften der Räume könne nicht verzichtet werden. Ob die Maskenpflicht weiter bestehen bleibe, sei ungewiss. Auch wenn die Anschaffung mit 50% bezuschusst werde, stelle sich die Frage, wohin mit den 60 Luftreinigern, wenn diese nicht mehr gebraucht würden. Es sei schwer, ohne Vorerfahrung Entscheidungen für oder gegen den Einsatz der Luftfilter zu treffen, da hier eine differenzierte Betrachtung angebracht sei.

Herr Brieskorn, Sachgebietsleiter Hochbau: Er werde prüfen, ob die mobilen Luftreiniger gemietet werden könnten.

Fraktionssprecher Blaurock weist auf den Energieverbrauch der Geräte hin. An seiner Arbeitsstelle in einer medizinischen Einrichtung werde auf Luftreiniger verzichtet. Mit der Einhaltung der empfohlenen Kombination der Vorsorge-Maßnahmen (AHA-Regel) und der wachsenden Zahl an Geimpften seien bereits beachtliche Erfolge erzielt worden.

Fraktionssprecher Milbradt: Das Stoßlüften sei bei kalten Außentemperaturen im Winter nicht besonders angenehm.

Stadtrat Rögele: Für die Beschaffung der mobilen Luftreiniger für Schulen und Kindergärten werde wohl eine europaweite Ausschreibung erforderlich sein. Aufgrund der Verfahrensdauer sei der Einsatz der Geräte voraussichtlich im Winter 2021 noch nicht möglich.

Fraktionssprecher Greiner bittet die Verwaltung darum, die genannten Pro- und Contra- Argumente abzuwägen und unter realistischen Gesichtspunkten zu entscheiden, wo mobile Luftreiniger eingesetzt werden sollen und wo darauf verzichtet werden kann. In Kindergärten sei der Einsatz sinnvoll, da die Kinder noch nicht geimpft werden können.

Fraktionssprecher Vetter schlägt vor, Luftreiniger wenigstens für Kindergärten und Grundschulen zu mieten oder mit Fördermitteln zu beschaffen.

Amtsleiter Romer (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Vetter): Es gebe ungefähr 130 Klassenzimmer inklusive der Lehrerzimmer. Hinzu kämen noch die Kindergartenräume, wo der Einsatz von Luftreiniger sinnvoll sei.

Stadtrat Auer merkt an, dass es in der Schweiz trotz Corona-Pandemie keine Schulschließung gegeben habe und fragt nach, wie das in der Schweiz möglich sei. Wenn da keine mobilen Luftreiniger eingesetzt würden, wäre die Investition nicht erforderlich.

Herr Mosbacher: Die Schweiz mache vieles anders. Ein direkter, aussagekräftiger Vergleich liege ihm nicht vor.

Oberbürgermeister Pauly: Das Thema „Einsatz von Luftfiltern in Schulen und Kindergärten“ werde umfassend aufbereitet und die Ergebnisse dem Gemeinderat vorgestellt. Er bittet die CDU-Fraktion mitzuteilen, wie sie mit dem Antrag vom 1. Juli 2021 weiter verfahren werde.

7) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Stellenbesetzung Leitung Amt Bildung und Soziales

Oberbürgermeister Pauly (auf Nachfrage aus dem Gemeinderat): Die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 11.05.2021 ausgewählte Bewerberin werde ihre Stelle der Amtsleitung Bildung und Soziales bei der Stadt Donaueschingen nun doch nicht antreten. Sie habe zwischenzeitlich abgesagt. Die Gründe teile die Verwaltung im Anschluss in nichtöffentlicher Sitzung dem Gremium mit.